

Kurzbericht

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

(91. - öffentliche - Sitzung am 6. Dezember 2021)

Beratungsthemen:

1. **Unterrichtung durch den Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz über die Neuaufstellung des Niedersächsischen Landschaftsprogramms**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch den Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz über die Ergebnisse des Beleuchtungsprozesses Asse und dem weiteren Vorgehen der erweiterten Klärung der Standortfrage**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Für eine bessere Wasserqualität von Weser und Werra: Salzeinleitungen in die Werra konsequent reduzieren, alle planungsrechtlichen Entscheidungen auf dieses Ziel ausrichten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/10313](#)

Der Ausschuss führte nach einer Unterrichtung durch die Landesregierung die Beratung durch und empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, FDP

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

4. **Für den Schutz von Klima, Umwelt und Gesundheit: Erdöl und Erdgas in der Erde lassen, Förderende einleiten, unnötige Kosten verhindern!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/7723](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung des Antrags fort. In diesem Zuge brachten die Fraktionen der SPD und der CDU einen Änderungsvorschlag ein (Vorlage 1). Der Ausschuss kam überein, zu dem Antrag und dem Änderungsvorschlag eine Anhörung nach dem Schlüssel 3/3/1/1 durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, die Anzuhörenden gegenüber der Landtagsverwaltung so zeitnah zu benennen, dass die Anhörung in der für den 14. Februar 2022 vorgesehenen Sitzung durchgeführt werden kann.

In diesem Zuge kam der Ausschuss überein, die für dieses Datum vorgesehene Anhörung zum Antrag **Moorschutz = Artenschutz + Klimaschutz. Moore als natürliche Kohlenstoffspeicher erhalten und eine nachhaltige Nutzung fördern** (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/10170](#)) auf den 14. März 2022 zu verschieben.

Außerhalb der Tagesordnung unterrichtete das MU den Ausschuss kurz im Hinblick auf Medienberichte zu dem Fund einer umschlossenen Plutoniumquelle in Braunschweig.

Zum **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abfallgesetzes und Änderung von Verordnungen** (Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/10252](#)) kam der Ausschuss überein, den Kreis der - über schriftliche Stellungnahmen - Anzuhörenden um die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände auszuweiten und bat die Fraktionen, die Anzuhörenden nach dem Schlüssel 2/2/1/1 gegenüber der Landtagsverwaltung zeitnah zu benennen.